

Stand: 29.04.2026 07:23:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20325

"Gesetzentwurf zur Änderung des Feiertagsgesetzes - Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 1918"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20325 vom 24.01.2018
2. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 30.01.2018
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21696 des VF vom 12.04.2018
4. Beschluss des Plenums 17/22158 vom 15.05.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 132 vom 15.05.2018



## Geszentwurf

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias und Fraktion (SPD)**

### zur Änderung des Feiertagsgesetzes

**Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 1918**

#### A) Problem

Das auf einen Donnerstag fallende Jubiläum „100 Jahre Freistaat Bayern“ am 8. November 2018 soll einmalig mit einem gesetzlichen Feiertag begangen werden. Damit soll in Bayern an die große historische Bedeutung der Ausrufung der Republik Bayern durch den Sozialdemokraten Kurt Eisner (*„Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“*) am 8. November 1918 und den Beginn des Volkstaates Bayern, in dem Träger der Staatsgewalt das Volk ist, und der Demokratie in Bayern erinnert werden.

Dies bedarf einer Änderung des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz – FTG).

#### B) Lösung

Durch Einfügung eines neuen Abs. 2a in Art. 1 des Feiertagsgesetzes wird der 8. November 2018 als einmaliger Feiertag festgelegt.

#### C) Alternativen

Keine

**D) Kosten****1. Kosten für den Staat**

Die Löhne und Gehälter der Bediensteten sind für diesen Tag fortzuzahlen. Die Kosten für die Beschäftigten des Freistaates Bayern (ausgehend vom derzeitigen Personalstand) würden sich rechnerisch auf ca. 71 Mio. Euro belaufen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass der Kapazitätsverlust von allen Ressorts im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ausgeglichen werden kann.

**2. Kosten für die Kommunen**

Die Löhne und Gehälter der Bediensteten sind für diesen Tag fortzuzahlen. Die Kosten für Lohnfortzahlung für die Bediensteten der Kommunen (Beamte und Arbeitnehmer der Gemeinden und Gemeindeverbände) würden sich – nach grober Hochrechnung – auf ca. 45 Mio. Euro belaufen.

**3. Kosten für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger**

Der Wirtschaft können insoweit Kosten entstehen, als Löhne und Gehälter für diesen Tag fortzuzahlen sind. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines zusätzlichen Feiertags hängen von der jeweiligen konjunkturellen Lage ab und lassen sich daher nicht genau bestimmen.

Den Bürgerinnen und Bürgern entstehen keine Kosten.

## **Gesetzentwurf**

### **zur Änderung des Feiertagsgesetzes**

#### **§ 1**

In Art. 1 des Feiertagsgesetzes (FTG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 1131-3-I) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Gesetz vom 12. April 2016 (GVBl. S. 50) geändert worden ist, wird nach Abs. 2 folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Der 8. November 2018 als Tag der einhundertsten Wiederkehr der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 1918 ist gesetzlicher Feiertag.“

#### **§ 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

(2) Art. 1 Abs. 2a des Feiertagsgesetzes tritt am 9. November 2018 außer Kraft.

### **Begründung:**

#### **A. Allgemeines**

Mit der Gründung des „Freistaates Bayern“ in der unblutigen Revolution im November 1918 setzte sich erstmals in Bayern das grundlegende demokratische Prinzip der Volkssouveränität, nach dem im Staat die oberste Gewalt vom Volk ausgeht, als allein gültiges Staats- und Verfassungsprinzip und die parlamentarische Demokratie mit Repräsentation durch.

In dem von Kurt Eisner (USPD) unterzeichneten Aufruf „An die Bevölkerung Münchens“, der am 8. November 1918 in Münchner Zeitungen erschien, heißt es „Bayern ist fortan ein Freistaat.“ Erstmals in Deutschland wurde darin auch das bis heute gültige allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für „alle mündigen Männer und Frauen“ verkündet.

Mit der Freistaatsgründung wurde die lange ausgegrenzte Arbeiterschaft wie die Bürger und Bauern zu einem Träger des Staates, Standesprivilegien wurden abgeschafft, der Arbeitsschutz verbessert, der Achtstundentag und die Arbeitslosenhilfe eingeführt.

Der erstmals verwendete Begriff „Freistaat“ meint zum einen „Republik“, was im weiteren Proklamations-text untermauert wird, wenn dort von der „demokratischen und sozialen Republik“ die Rede ist. Er beinhaltet aber auch Befreiung von der Monarchie und Obrigkeitsstaat, wie der synonym verwendete Name „Volksstaat“ zeigt, sowie einen dezidiert föderalistischen Anspruch hinsichtlich des Staatsaufbaus im neuen Deutschland.

Die historischen, konstitutiven Errungenschaften in den Monaten der Freistaatsgründung unter den Regierungen von Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) und seinem Nachfolger Johannes Hoffmann (MSPD) sind bis heute tragende Fundamente unseres modernen, demokratischen Bayern.

An diese geschichtliche Leistung und demokratische Grundsteinlegung unseres Landes soll mit einem einmaligen gesetzlichen Feiertag zum 100. Geburtstag des Freistaates Bayern am 8. November 2018 erinnert werden.

#### **B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung**

Das Feiertagsrecht fällt gemäß Art. 70 Abs. 1 Grundgesetz in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Der Bundesgesetzgeber kann die Einführung des 100. Jahrestags der Ausrufung des Freistaates Bayern als gesetzlichen Feiertag nicht regeln. Die einmalige Begehung des 100. Jahrestags der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 2018 bedarf daher einer Änderung des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage.

#### **C. Begründung der einzelnen Vorschriften**

##### **Zu § 1:**

Durch die Bestimmung wird der 100. Jahrestag der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 2018 einmalig als gesetzlicher Feiertag festgelegt.

##### **Zu § 2:**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Da der Jahrestag der Ausrufung des Freistaates Bayern nur einmalig für den 8. November 2018 zum Feiertag erklärt werden soll, hat sich die Regelung mit Ablauf des 8. November 2018 erledigt und kann daher zum 9. November 2018 aufgehoben werden.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Manuel Westphal

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Georg Rosenthal

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Feiertagsgesetzes**

**Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern  
anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates**

**Bayern am 8. November 1918 (Drs. 17/20325)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit beträgt die Redezeit für die SPD-Fraktion elf Minuten. Ich eröffne die Aussprache, möchte aber gleich darauf hinweisen, dass die Uhr im Moment hängt. Das Landtagsamt stoppt deshalb die Redezeit mit. – Als Erstem erteile ich dem Kollegen Rinderspacher das Wort.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! 2018 feiern wir ein großes Jubiläum, auf das wir alle stolz sind, unabhängig davon, wo wir uns weltanschaulich verorten. Wir feiern 100 Jahre Freistaat Bayern. Der 8. November 1918 legte mit der Ausrufung des Freistaates den Grundstein für die Entwicklung Bayerns hin zu einer demokratischen, offenen und modernen Gesellschaft. Das ist ein stolzes Jubiläum. Wir, die SPD-Fraktion, schlagen deshalb vor, dass Bayern den 8. November 2018 als Tag des 100. Geburtstags unserer Demokratie als gesetzlichen Feiertag festlegt.

(Beifall bei der SPD)

Ein gesetzlicher Feiertag wird diese überragende historische Wegmarke im öffentlichen Bewusstsein stärker verankern, als es jeder noch so würdige Staatsakt zu erreichen vermag. Wir wollen, dass alle 13 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Bayern an den Demokratiefestlichkeiten aktiv teilhaben können, und nicht nur einige wenige Hundert Gäste im Münchner Nationaltheater auf Einladung des Bayerischen Ministerpräsidenten. Ein gesetzlicher Feiertag ist hierzu der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Bayern first – mit Blick auf die bayerische Demokratie stimmt das. Erstmals entstand am 7./8. November 1918 auf deutschem Boden eine demokratische Republik, und das ohne blutige Gewaltanwendung. Der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner war knapp 30 Stunden vor Philipp Scheidemann derjenige, der eine Demokratie auf deutschem Boden ausgerufen hat. Philipp Scheidemann war am 9. November 1918 vor dem Deutschen Reichstag knapp 30 Stunden später dran. Die Monarchie wurde nach 738 Jahren in Bayern abgeschafft. Das Prinzip der Volkssouveränität bahnte sich den Weg. Zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen wie Arbeiter und Frauen konnten über allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlen an der Willensbildung teilhaben. Der repräsentative Parlamentarismus fand ebenso wie die Proklamation der Menschenrechte in der Ausrufung des Freistaates Bayern an diesem Tag eine entscheidende historische Wegmarke.

(Beifall bei der SPD)

Kurt Eisner verstand sich als Anwalt für die föderale Eigenständigkeit Bayerns. Er erhob für unser Land einen europäischen Anspruch als Bollwerk gegen den preußischen Militarismus und für die Aussöhnung mit den Kriegsgegnern. Viele Segnungen gab es in der Amtszeit Kurt Eisners. In den folgenden Monaten wurde der Achtstundentag eingeführt, die Arbeitslosenversicherung wurde eingeführt. Wenige Tage nach der Ausrufung des Freistaates gab es zum ersten Mal auf bayerischem Boden ein Wohlfahrtsministerium, heute würde man Sozialministerium sagen. Der Schriftsteller Heinrich Mann bewertete diese Zeit mit den Worten: Die 100 Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Belebung der Geister gebracht als die 50 Jahre zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass die bayerische und die deutsche Demokratiegeschichte keine historische Zielgerade waren. Ganz im Gegenteil, es gab Brüche. In der Zeit ab 1933 wurde

die Demokratie ins barbarische Gegenteil, in den nationalsozialistischen Totalitarismus umgedreht. Wer den 8. November 1918 in Erinnerung ruft, muss zugleich auch den 9. November 1923, den Tag des Hitler-Putsches und des Marsches auf die Münchner Feldherrnhalle, als totalitären Antipoden zum 8. November 1918 in Erinnerung rufen. Er muss auch an den 9. November 1938 erinnern, den Tag der Reichspogromnacht oder der Reichskristallnacht, die die Ideen der Eisner-Zeit ins barbarische Gegenteil, in Totalitarismus und in Menschenvernichtung umdrehte. Wenn man so will, muss man auch an den 9. November 1989 denken, an den Tag, an dem wir Deutsche uns mit unserer Demokratie wieder ein Stück weit versöhnten.

Wir, die sozialdemokratische Fraktion, beantragen diesen gesetzlichen Feiertag nicht um unser selbst willen, nicht deshalb, weil wir sozialdemokratische Nabelschau betreiben wollen, auch wenn es gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren, die an den entscheidenden historischen Wegmarken der bayerischen Demokratie besondere Leistungen erbracht haben. Sie haben den Freistaat ausgerufen. Sie haben unsere Demokratie verteidigt, als am 29. April 1933 16 Abgeordnete der SPD heldenhaft gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz hier im Bayerischen Landtag gestimmt haben,

(Beifall bei der SPD)

während Konservative, Liberale und auch die Bauernpartei mit Hitler an diesem Tag gemeinsame Sache machten. Wir erinnern uns an Wilhelm Hoegner, den Vater der Bayerischen Verfassung, der nach zwölfjährigem Exil in der Schweiz am 6. Juni 1945 in einem amerikanischen Jeep an der Seite einer US-Majorin in seine Heimatstadt München unter Tränen, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, wieder zurückkehrte. In seinem Säckel hatte er einen Apfel, ein Scherzl Brot und 23 voll ausformulierte Gesetzentwürfe für den Bayerischen Landtag, darunter die Bayerische Verfassung, ausformuliert in 160 Artikeln, in Gabelsberger-Stenografie niedergeschrieben. Hoegner hatte sich als Stenograf in der Schweiz regelrecht durchgeschlagen.

Es geht uns nicht darum, sozialdemokratische Geschichtsschau zu halten, auch wenn wir in besonderer Weise stolz auf diese historischen Wegmarken sind. Es geht um viel mehr. Es geht um die Identität des Freistaates Bayern, die nicht durch eine wie auch immer geartete Leitkultur geprägt ist, sondern durch ein hoffentlich gemeinsames republikanisches Bewusstsein, unabhängig davon, wie unsere religiösen Prägungen und unsere unterschiedlichen weltanschaulichen Ansichten sind, unabhängig davon, ob wir als Sozialdemokraten, Christsoziale, Freie Wähler oder Bündnisgrüne für unsere Demokratie eintreten.

Die meisten Staaten dieser Welt feiern einen Nationalfeiertag. In der UNO sind 150 Republiken organisiert, die ihren Jahrestag der Unabhängigkeit, der Wiedervereinigung oder der nationalen Revolution feiern. Es handelt sich immer um bedeutende Daten für die eigene Identität, an denen entscheidende Weichen für die weitere Entwicklung des Staates gestellt wurden. Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte traten oft zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ihren Siegeszug in diesen Republiken an.

Der 8. November 1918 hat für den Freistaat Bayern eine Bedeutung, die der des 14. Juli 1789 für Frankreich oder der des 4. Juli 1776 für die USA in nichts nachsteht. Bayern kennt im Besonderen zehn christliche Feiertage sowie den 1. Mai und den deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober, der an die deutsche Wiedervereinigung erinnert. Völlig unzweifelhaft ist, dass unsere christlichen Feiertage sowie der Tag der Arbeit und der Tag der Deutschen Einheit in Bayern identitätsstiftend wirken und daher zu Recht gewürdigt werden. Spezifisch bayerisch sind diese Feiertage jedoch nicht. Nein, sie orientieren sich vielmehr an der Feiertagssystematik auch der anderen Bundesländer.

Bis heute gibt es keinen spezifisch bayerischen Feiertag, der das freistaatlich-demokratische Selbstbewusstsein Bayerns sinnstiftend in den Mittelpunkt stellen würde. Auf meine parlamentarische Anfrage hat die Staatsregierung geantwortet, es sollte doch bitte nur nationale gesetzliche Feiertage geben. Damit bricht ausgerechnet jene

Staatsregierung aus der Tradition aus, die es seit der Hoegner-Regierung 1945/1946 in Bayern gegeben hat; denn seit Kriegsende haben alle Staatsregierungen und alle Bayerischen Landtage der bayerischen Staatlichkeit eine besondere Bedeutung beigemessen und damit eine wichtige Traditionslinie der bayerischen Geschichte fortgeschrieben. Hieraus hat sich ein besonderes bayerisches Selbstbewusstsein entwickelt und bewahrt. Regierung und Parlament waren sich im Kern bis heute in der Frage von Bayerns Staatlichkeit überaus einig. Sie lässt sich in der Betonung des bayerischen Föderalismus erkennen, auch mit eigenen außenpolitischen Ambitionen, selbst wenn die Regierung und die Opposition dabei in den letzten Jahren unterschiedliche Akzente setzten.

Umso erstaunlicher ist es, dass bis heute die Grundsteinlegung für die demokratische Staatswerdung Bayerns regelrecht verschwiegen wird, anstatt sie staatlich selbstbewusst als gemeinschaftsstiftendes Freiheitsfest zu feiern, als Feiertag für uns alle im besten Sinne. Können wir es uns leisten, ausgerechnet mit dem für unser Zusammenleben zentralen Thema Demokratie so geschichtsvergessen zu sein oder uns gar in kleinkarierten, parteipolitisch motivierten Debatten zur geschichtspolitischen Deutungshoheit zu verlieren?

Nein, es ist nicht die Leitkultur, die uns in unserem Land zusammenhält, das sind auch nicht Schweinebraten oder Schäufele. Auch das Freibier macht nicht den Freistaat aus, sondern vielmehr, dass sich Demokraten aus unterschiedlichen weltanschaulichen Richtungen auf Augenhöhe begegnen und dass Bürgerinnen und Bürger des Freistaats in voller Volkssouveränität die Gesicke ihres Landes in den eigenen Händen halten.

(Beifall bei der SPD)

100 Jahre nach der Ausrufung des Freistaats dürfen wir feststellen, dass wir eine institutionell gefestigte Demokratie haben, die beste Staatsordnung, die wir jemals auf bayerischem Boden hatten. Darin sind wir uns wohl alle einig. Dennoch hat es Bayern

seit den Fünfzigerjahren verabsäumt, den Wert von Demokratie nicht nur als institutionellen Abwehrmodus zum Totalitarismus zu betonen, sondern auch als staatspolitischen Wert an sich herauszustellen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden weder die großen Wegmarken der demokratischen Geschichte gebührend gefeiert noch wurde der Geburtsstunde des Freistaats an öffentlichen Orten besonderes Augenmerk geschenkt.

Die Demokratiegeschichte Bayerns spielt in den Lehrplänen an bayerischen Schulen keine angemessene Rolle. Während andere Staaten wie selbstverständlich Straßen und Plätze nach bedeutungsvollen historischen Wegmarken, Heldinnen und Helden benennen, genügt sich Bayern in auffälliger demokratieerinnerungspolitischer Zurückhaltung. Ja, Bayern ist auch heute noch monarchisch geprägt. Die Herzkammer der bayerischen Demokratie tagt in einem Maximilianeum. Die öffentlichen Räume sind geprägt von Leopoldstraßen, Luitpoldgassen und Maximilianstraßen. Wo sind eigentlich, wie beispielsweise in Frankreich, Straßen und Plätze wie die Place de la République, die an den Sturm auf die Bastille, an die Revolution und an die Demokratiewerdung erinnern?

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Ende. Um dieser Bedeutung für unseren Freistaat Rechnung zu tragen, sollte das Feiertagsgesetz geändert werden. Wir können uns in Bayern ökonomisch einen Freistaats-Feiertag leisten. Die Profite für das demokratisch-seelische Volkseinkommen unseres Gemeinwesens wären höher als die wirtschaftlichen Kosten. So schließe ich, mit der Bitte um Zustimmung, mit den Worten aus Kurt Eisners Freistaatsproklamation: "Jedes Menschenleben soll heilig sein! ... Es lebe die Bayerische Republik!"

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön.– Herr Kollege Westphal ist schon am Rednerpult. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Manuel Westphal (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der SPD soll der 8. November 2018 einmalig zu einem gesetzlichen Feiertag anlässlich der 100. Wiederkehr der Ausrufung des Freistaats Bayern erklärt werden. Bei der Beurteilung, ob dieser Gesetzentwurf zielführend ist, sind einige Punkte herauszuheben: Ich glaube, einiges spricht dafür, sich die Frage zu stellen, ob Einzelfeiertage auf bundesweit bedeutsame Ausnahmen beschränkt bleiben sollten, wie das etwa beim 500. Reformationstag der Fall war. Dies war ein Ereignis, das nicht nur deutschlandweite, sondern europaweite Folgen hatte. Hier gilt es, eine gewisse Abstufung zu wahren.

Außerdem können die Entwicklungen, die sich im Jahr 1918 Bahn gebrochen haben, nicht auf einen einzigen Tag und schon gar nicht auf eine einzige Person reduziert werden. Deshalb war das von der Staatsregierung entwickelte Konzept, ein Jubiläumsjahr anzusetzen, der richtige Weg. Bei diesem Konzept des Jubiläumsjahres wird es eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen geben, sodass sich die Bevölkerung, anders als beim Einzelfeiertag, auf verschiedene Weise einbringen und an diesen Ereignissen teilnehmen kann. Ich bin mir sicher, dass durch diese Art des Jubiläums und der Feierlichkeiten die Ereignisse historisch viel besser dargestellt und eingeordnet werden können, als dies bei einem Einzelfeiertag der Fall wäre.

Zusammenhänge, Zeitlinien und Kausalketten verständlich darzustellen und deutlich zu machen, wird durch die Vielzahl der Veranstaltungen im politischen, im gesellschaftlichen und im schulischen Bereich sicherlich besser gelingen. Ein breiter Ansatz ist besser geeignet als die Konzentration auf einen einzigen Tag, dessen Gewicht durch die zeitliche Nähe zum 9. November eingeschränkt würde. Dadurch entstünde bei der Bevölkerung eine Vermischung. Nicht zuletzt bestünde die Gefahr, dass durch einen solchen Tag die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen könnten. Beim Reformationstag war dies ausgeschlossen worden. Auch dieser Aspekt ist hier zu diskutieren.

Aus diesen Gründen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen. Wir werden unsere Position in den Ausschüssen ausführlich darstellen.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das war eine traurige Rede! Das war nicht angemessen!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Herr Kollege Streibl. Sie haben das Wort.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier? – Es geht darum, dass wir 100 Jahre Freistaat Bayern begehen und feiern wollen. Wir wollen uns an die Demokratie in Bayern erinnern. Ob wir hierzu einen einmaligen Feiertag brauchen oder nicht, über diese Frage können wir in den Ausschüssen sprechen.

Kurt Eisner hat den Freistaat am 8. November 1918 ausgerufen. Am 13. November 1918 hat König Ludwig III. die Beamten, Soldaten und Offiziere vom Treueeid entbunden. Am 21. Februar 1919 wurde Kurt Eisner ermordet. Die kurze, junge Republik mündete dann in die Revolution in Bayern.

Am 12. Mai 1919 tagte der frisch gewählte Landtag in Bayern zum ersten Mal in Bamberg. Am 14. August 1919 hat der Landtag eine Verfassung mit 165 Stimmen gegen 3 Stimmen verabschiedet. Vielleicht sollten wir uns überlegen, den Tag zu wählen, an dem sich Bayern als verfasster Freistaat etabliert hat. Über diesen Feiertag könnten wir genauso diskutieren. Diesen müssten wir dann nur ein Jahr später feiern. Ja, es gibt etwas zu feiern. Die Fragen, wann der richtige Zeitpunkt ist, wo der richtige Ort ist und welches Ereignis herausgegriffen wird, sind jedoch noch offen. Insofern besteht viel Raum für Spekulation und zur Diskussion.

Wir können auf unsere demokratische republikanische Geschichte in Bayern zu Recht stolz sein. Sie ist jedoch kein Geschenkartikel der Geschichte. Sie musste blutig erkämpft werden. Außerdem musste Bayern die harten Zeiten des Nationalsozialismus

und des totalitären Systems überstehen. Aus diesem Grund können und müssen wir viel bedenken.

Ich bin skeptisch, ob wir den 8. November als Feiertag brauchen. Das liegt vor allem an der Nähe zum 9. November, der als Schicksalstag der Deutschen gilt. Diese Ereignisse könnten miteinander vermischt werden. Deshalb wäre mir persönlich eine größere Distanz lieber. In den vergangenen 100 Jahren ist der Freistaat Bayern außerdem nicht immer Freistaat Bayern gewesen. Dazwischen gab es auch zwölf dunkle Jahre, die berücksichtigt werden müssen.

Wir können jedoch stolz auf unsere Geschichte in Bayern sein. Es ist eine altherwürdige Geschichte. Das gilt nicht nur für die republikanische Zeit, sondern auch für die Zeiten davor. Letztendlich wurde die bayerische Monarchie aus der Französischen Revolution geboren. Sie wurde im Grunde auf Napoleons Gnaden eingesetzt. Im Gefüge des Heiligen Römischen Reiches hat Bayern schon davor eine gewichtige Rolle gespielt. Die Wurzeln reichen zurück bis ins römische Imperium. Das bedeutet, die bayerische Geschichte reicht weit zurück. Bayern war schon immer ein Land im Herzen Europas, das vielen Einflüssen ausgesetzt war. Für viele Menschen und Generationen war Bayern eine sowohl schenkende als auch empfangende Heimat. Diese Punkte müsste man viel stärker herauskristallisieren. Wir sollten feiern, dass wir ein weltoffenes Land sind. Aufgrund unserer geografischen Situation geht das auch gar nicht anders. Das hat uns alle geprägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern freue ich mich auf die Diskussionen in den Ausschüssen. Demokrit hat gesagt: "Ein Leben ohne Feste ist wie ein langer Weg ohne Einkehr." Schauen wir mal, wo wir dieses oder nächstes Jahr den Einkehrschwung machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zu einem geschenkten Feiertag kann man schlecht Nein sagen. Trotzdem fragt man sich bei unerwarteten Geschenken, wer wem etwas schenken will, warum und auf wessen Kosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man wird misstrauisch, wenn es ein Missverhältnis gibt. Manchmal erscheint das Geschenk im Hinblick auf den Anlass übertrieben. Das gilt auch für Wahlgeschenke. Die SPD will die abhängig Beschäftigten in Bayern beschenken. Zwar haben wir in Bayern schon sehr viele Feiertage, aber es handelt sich um ein Einmal-Geschenk. Unserer Meinung nach hätten sich das die hart arbeitenden Menschen in Bayern wirklich verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaft boomt. Die Profite steigen. Es ist nur recht und billig, wenn auch diejenigen etwas davon hätten, die diesen Wohlstand produzieren. Angemessen ist der Anlass des Geschenks also. Der Termin stimmt ebenfalls. An dieser Stelle bin ich anderer Meinung als Herr Kollege Streibl. Das wäre ein Festtag der Demokratie. Wenn man einen Festtag für Luther übrig hat, warum nicht auch für unsere Demokratie? – Das muss man mir erst mal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war der friedliche Teil. – Allerdings ist es äußerst fragwürdig, dass sich die SPD gleich selber feiern will.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich ausdrücklich verneint!)

– Das hast du ausdrücklich gesagt.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist ziemlich dreist, wenn die SPD behauptet, dass Eisner ein Sozialdemokrat war.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie verkaufen seine politischen Taten wie die Ausrufung des Freistaats und des Frauenwahlrechts in diesem Hause als Ihre eigenen Segnungen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich nicht getan!)

Eisner wollte gerade mit dieser Partei und ihren Kriegskrediten sowie ihrer Kriegspolitik nichts mehr zu tun haben. Er war schon lange in seiner eigenen Partei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ihr auch noch den Besitzanspruch auf den Begriff "Freistaat" und die Revolution selber erhebt, ist das Geschichtsfälschung. Noch am Tag vor der Revolution hat die bayerische SPD in Person von Herrn Auer der königlichen Regierung in die Hand versprochen, die Revolution zu verhindern und Eisner an die Wand zu drücken. Das habt ihr gemacht.

(Widerspruch bei der SPD – Der Redner erhebt seine Stimme)

Während eure Leute schon lange heimgegangen sind, ist Eisner weitermarschiert und hat die Revolution ausgerufen. Was haben die Sozis gefordert? – Ich zitiere: Die Niederschlagung der Erhebung durch die Regierung muss noch in dieser Nacht erfolgen. – Das ist euer Beitrag zur Revolution. Ein halbes Jahr später habt ihr das, was in München los war, selber blutig niedergeschlagen. Wenn ihr schon bei der Revolution keine entscheidende Rolle gespielt habt, dann wenigstens bei der Niederschlagung. Wie habt ihr das gemacht? – Ihr habt die Freikorps geholt. Ihr habt diese brutalen Mörder geschickt. Eure Berliner Regierung, eure Bamberger Regierung hat diese Truppen nach München geschickt und ihnen den Freibrief für den Terror erteilt.

(Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit Traditionen schmücken will, muss sich auch mit den weniger schönen Zeiten der Vergangenheit auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verlange von euch, euch kritisch dazu zu verhalten. Das gilt natürlich auch – –

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt muss ich doch einschreiten. Herr Dr. Dürr, wir sind nicht schwerhörig. Sie können ganz normal reden.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Du stehst aber nicht da, wo ich stehe. Du hörst nicht das, was die da plärren.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Nein, das hören wir alle gut. Wir sollten eine Vorbildfunktion einnehmen. Oben sitzen lauter Schülerinnen und Schüler, die später einmal ins Parlament sollen.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Dann können sie gleich lernen, wie das Streiten hier geht.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ein Gruß an euch da oben: So geht es nicht immer zu!

(Allgemeine Heiterkeit)

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Das gilt auch für die Staatsregierung. Jede CSU-Regierung in diesem Haus hat Eisner als Inbegriff des Bösen hingestellt. Immer wieder hat sie abgestritten – ich zitiere –, dass er sich um die jetzige Staats- und Rechtsform verdient gemacht habe. Das haben Sie ihm aberkannt. Jetzt behaupten Sie auf einmal unvermittelt und ohne jede Erklärung das Gegenteil. Ich bin gespannt, was von dieser Regierung in diesem Wahljahr noch alles gewendet wird. Rasche Kehrtwenden können einen schon ins Stolpern bringen. Mancher kann einen Slapstick hinlegen, wie bei-

spielsweise das Haus der Bayerischen Geschichte. Dieses inszeniert die Erinnerung an die Gründung des Freistaats, also die Abschaffung des Königtums, ausgerechnet als Königstraum. Darauf muss man erst mal kommen. Der König ist weg, und Sie sagen: Es lebe der König! Kurt Eisner hat das nicht verdient. Er war ein bayerischer Held. Die Staatszeitung hat recht. Er wusste damals schon, wie sich eine Demokratie entwickeln muss. Eisner hat die Republik ausgerufen. Ohne Eisner gäbe es sie nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist kein Eisner-Feiertag, sondern ein Demokratie-Feiertag!)

60.000 Sozis unter Führung von Auer sind heimgegangen. Eisner ist in die Kasernen gegangen und hat die Leute geholt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben 40 Sekunden überzogen. – Jetzt hat sich Herr Kollege Rosenthal zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Damit haben Sie zwei Minuten Redezeit gewonnen. Schnaufen Sie erst mal durch. Jetzt kommt Herr Rosenthal, bitte schön.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

**Georg Rosenthal (SPD):** Sie haben leider das Wort nicht mehr und müssen das Schreien einstellen. Und das ist eigentlich auch ganz angenehm, glaube ich.

(Beifall bei der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Plärren tut doch ihr!)

Es gibt den Spruch: Wer schreit, hat unrecht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der ist aber falsch!)

– Der trifft voll zu. – Ich weiß nicht, welchen Geschichtsunterricht Sie wann wo genossen haben. Aber mit dem D-Zug, mit dem Sie hier soeben Geschichtsklitterung betrieben haben, werden Sie dieser Zeit nicht einmal im Ansatz gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Sie können meinem Kollegen, unserem Fraktionsvorsitzenden, nicht zugehört haben; denn er hat diese Zeit eigentlich sehr differenziert beschrieben und dabei durchaus sehr deutlich gemacht, in welcher Zeit Eisner was gefordert hat. Die Auseinandersetzung um Kriegskredite wie die Auseinandersetzung, die zur Spaltung der Partei geführt hat, und auch den Prozess, der zur Wiedervereinigung geführt hat, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weitaus besser aufgearbeitet, als Sie es gerade eben in einer grobschlächtigen Art und Weise versucht haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich für die Art und Weise hier entschuldigen. Ich habe mit Ihnen nicht in der Gosse geknickert und möchte mich von Ihnen hier nicht duzen lassen – schon gar nicht möchte ich hier mit "ihr" und "du" angeredet werden. Entschuldigung – dazwischen liegen Jahrzehnte Geschichte. Vielleicht könnten Sie sich dem Hohen Haus und der Diskussion hier anpassen, damit wir in diesem Plenarsaal in würdiger Weise über diese Zeit miteinander diskutieren könnten. Dafür wäre ich dankbar. Das erfordert eigentlich der Anstand, den Sie in Ihren nächsten Worten bringen sollten.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Also, wenn du den Unterschied zwischen "ihr" und "du" nicht kennst, tust mir leid. Ich kann ihn dir gern einmal beibringen.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Was ich gesagt hab, hast du nicht widerlegt. Ja! Ich möchte wissen, was ich falsch gesagt habe: Auer hat dem Innenminister in die Hand versprochen, Eisner werde an die Wand gedrückt – ja? –, und er hat den Innenminister aufgefordert, die Revolution sofort niederzuschlagen, ja. Das hat Auer gemacht. Es ist doch kein Wunder, dass nach

dem Attentat auf Eisner ausgerechnet auch auf Auer geschossen wurde. Das ist doch kein Zufall. Schaut's doch selber mal in den Büchern nach. Ich hab nachgeschaut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ha? – Weilst nicht lesen kannst! Du kannst scheinbar nicht lesen. Ich hab's g'lesen. Eisner war ein großer Demokrat; er wollte neben dem Parlament die Räte als Schule der Demokratie. Er wollte den Volksentscheid als Vollendung des demokratischen Gedankens. Er war überzeugt davon – und das ist etwas, was für uns heute wichtig ist –, dass die Schäden der Demokratie nur durch mehr Demokratie überwunden werden können. Er würde uns heute gut zu Gesicht stehen, und deswegen war die Ausrufung des Freistaats eine Sternstunde unserer Demokratie, die wir mit Recht feiern können.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können das auch mit den Sozis feiern, aber ihr müsst einfach zur Kenntnis nehmen: Die Revolution war nicht euer Werk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** So. Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen. – Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit. –



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und  
Parlamentsfragen

**Gesetzentwurf der Abgeordneten  
Markus Rinderspacher, Franz Schindler,  
Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)**  
Drs. 17/20325

**zur Änderung des Feiertagsgesetzes  
Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger  
gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich der  
100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des  
Freistaates Bayern am 8. November 1918**

### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Alexandra Hiersemann**  
Mitberichterstatter: **Manuel Westphal**

### II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten.  
Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Gesetzentwurf mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 84. Sitzung am 1. März 2018 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 80. Sitzung am 15. März 2018 mitberaten und

mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 189. Sitzung am 20. März 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

5. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 12. April 2018 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

**Franz Schindler**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/20325, 17/21696

**zur Änderung des Feiertagsgesetzes**  
**Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 1918**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Manuel Westphal

Abg. Florian Streibl

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Florian von Brunn

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf und künde die namentliche Abstimmung an, die dazu von der SPD beantragt wurde:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Feiertagsgesetzes**

**Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern  
anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates**

**Bayern am 8. November 1918 (Drs. 17/20325)**

**- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rosenthal.

**Georg Rosenthal (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Änderung des Feiertagsgesetzes, und zwar um die Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag. Der November ist ein Schicksalsmonat der Deutschen. Der 8. November 2018 ist auch ein Schicksalstag – sowohl ein positiver, weil es um die Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaats Bayern geht, aber gleichzeitig auch um das Werden eines demokratischen Staates. Sie feiern an der Gaibacher Konstitutionssäule beides. Sie vermischen 200 Jahre Verfassungsgeschichte mit Billigung des Königs mit der 100. Wiederkehr der Ausrufung des Freistaates Bayern, die Sie gleichzeitig feiern wollen. Sie verbinden etwas, was historisch gesehen schwere Brückenbauarbeit erfordert. Umso wichtiger ist es, dass wir uns unserer eigenen Republik erinnern. Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

Die hundert Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Belebung der Geister gebracht, als die fünfzig Jahre vorher. Sein Glaube an die Kraft des Gedankens, sich in Wirklichkeit zu verwandeln, ergriff selbst Ungläubige.

Dieses Wort sprach Heinrich Mann in seiner Gedächtnisrede 1919, drei Wochen nach Eisners Ermordung. Kurt Eisner war ein fortschrittlicher Mann der Tat. Als Streikführer nach dem Ersten Weltkrieg verhaftet, kurz vor der Revolution im Oktober 1918 aus der Untersuchungshaft freigekommen, wurde er der erste Bayerische Ministerpräsident.

Es war sicherlich kein einfaches Jahr für die Menschen in Bayern. Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, die Räterepublik, die Revolution – all das gehört zur gelebten bayerischen Geschichte. Dies zu feiern, heißt auch, die Republik wertzuschätzen. Bayern ist voll von Denkmälern, aber es sind Generäle, es sind Könige. Die demokratischen Denkmäler sieht man selten.

Ein wichtiges Jubiläum wäre es auch für uns alle, Kurt Eisner Abbitte zu leisten; denn über viele Jahre war er auch in unserer Bundesrepublik Deutschland geächtet. Ihm wurden Taten zugeschrieben, und die Missachtung der Bayerischen Staatsregierung war an vielen Stellen definitiv zu spüren. Auch deshalb wäre es gut, unsere Verfassungsgeschichte, das Werden des Freistaates Bayern und die Befreiung der Menschen von der Monarchie zu würdigen, gleichzeitig aber auch den föderalistischen Anspruch, der damals hinsichtlich des Staatsaufbaus in Deutschland sehr deutlich zum Ausdruck kam.

Wie weit das heute geht, sieht man, wenn man sich ein bisschen hier in dieser Stadt umsieht. Dann erinnert man sich dieses Freistaates, aber man erinnert sich nicht mehr dieser Geschichte. Die republikanischen Werte, die Demokratie, der Föderalismus, das Recht aller Bürgerinnen und Bürger, gleiche, geheime Wahlen durchzuführen – all das ist eher verschüttet. Im Münchner Hofbräuhaus steht im Monatskalender: Im November 1918 ruft Kurt Eisner, der erste Ministerpräsident, den Freistaat aus. Unter Freistaat versteht man einen Staat, frei von Monarchie und Ständen. Die Volkskrone löst die Königskrone ab. Die Bayern bleiben zwar der Dynastie der Wittelsbacher eng verbunden, regieren sich aber ab jetzt selbst. Und das ist wahrlich ein großer Tag, den man feiern sollte.

Deshalb haben wir diesen Gesetzentwurf für einen einmaligen Gedenktag in das Parlament eingebracht: 100 Jahre Verfassungsgeschichte, 100 Jahre Freiheit, 100 Jahre Loslösung von der Dynastie der Wittelsbacher. Bayern ist fortan ein Freistaat – wahrlich ein Grund, sich dieser Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, zu erinnern und das zu feiern.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie alle sich hinter diesen Gesetzentwurf stellen und ausrufen könnten: Alle Macht geht vom Volke aus, und das wollen wir an diesem Tag auch gemeinsam feiern. Wir wollen unserer Verfassungsgeschichte gemeinsam gedenken; denn bis dahin waren lediglich männliche Staatsangehörige ab 25 Jahren, die eine direkte Steuer zahlten, wahlberechtigt. Das ist erst 100 Jahre her. Frauen durften gar nicht wählen. Insofern haben wir noch einen weiteren Grund zu feiern:

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Georg Rosenthal (SPD):** 100 Jahre Frauenwahlrecht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Westphal.

**Manuel Westphal (CSU):** Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Über den Gesetzentwurf haben wir schon ausführlich diskutiert, sowohl hier im Plenum als auch im Ausschuss, sodass ich mich hier relativ kurzfassen kann. Trotzdem möchte ich noch einmal ausführen, warum wir bei unserer Ablehnung des Gesetzentwurfs bleiben.

Erstens. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass ein solcher Einzelfeiertag, mit dem 100 Jahre Freistaat Bayern, aber auch 200 Jahre Verfassungsstaat gefeiert werden sollen, nicht zum Konzept des Jubiläumsjahres passt. Der Vielfalt unserer bayerischen Geschichte werden wir mit diesem Konzept eines Jubiläumsjahres besser gerecht,

können dieses besser abbilden; denn die bayerische Geschichte hatte in den letzten 100 Jahren viele Höhepunkte, aber auch schwere Rückschläge zu verzeichnen. Ich darf hier insbesondere die Zeit des Dritten Reiches hervorheben.

Diese unterschiedliche Geschichte macht es aus meiner Sicht fast zwingend erforderlich, dass wir sie aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und sie mit einer Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen und Veranstaltungsformate begehen, wie es im Konzept des Jubiläumsjahres geplant ist. Durch einen Einzelfeiertag würde dieses Konzept stark überlagert werden. Die Geschichte unserer Kultur, der Regionen, und ihre Entwicklungen können mit diesem Konzept eines Jubiläumsjahres besser dargestellt werden. Wir sollten auch nicht vergessen: Wir feiern eben nicht nur 100 Jahre Freistaat Bayern, sondern auch 200 Jahre Verfassung. Mit der damaligen Verfassung wurde auch eine Sonderrolle Bayerns begründet, nämlich die Entwicklung zum fortschrittlichen, liberalen Verfassungsstaat. Am 26.05.1818 wurde unter König Maximilian I. Joseph von Bayern die Besonderheit geschaffen, dass bayerische Könige nicht mehr gekrönt wurden, sondern seitdem ihren Eid auf die Bayerische Verfassung ablegten. Das war eine zumindest in Kontinentaleuropa einmalige Entwicklung, zu der auch der vorgeschlagene Einzelfeiertag nicht passt. Unter diesem Gesichtspunkt sollten wir keine einzelnen Zeitpunkte hervorheben.

Zweitens. Problematisch ist aus meiner Sicht die unmittelbare Nähe zum 9. November, einem Schicksalstag im positiven wie im negativen Sinne. Am 9. November 1918 wurde die Deutsche Republik in Berlin ausgerufen, 1923 fand an diesem Tag Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle statt. Während des Dritten Reichs wurde dieser Tag als sogenannter Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung begangen. 1938 war an diesem Tag die Pogromnacht, 1989 der Fall der Mauer.

(Georg Rosenthal (SPD): Das war aber am 9. November!)

All dies spricht gegen den 8. November als Einzelfeiertag. Oder wollen Sie den 9. November als Feiertag einführen? –

(Georg Rosenthal (SPD): Sie reden vom 9. November, aber die Ausrufung des Freistaats Bayern war am 8. November!)

– Genau. Und deswegen wollen Sie den 8. November zum Einzelfeiertag ausrufen. Genau das habe ich gesagt, Herr Kollege. Hören Sie bitte genau zu. Darüber können wir hinterher diskutieren.

Drittens. Wir sollten auch darauf achten, dass Bayern bereits heute die meisten Feiertage hat, nämlich zwölf gesetzliche, davon zehn christliche, dazu den 1. Mai und den 3. Oktober, Mariä Himmelfahrt in überwiegend katholischen Gemeinden und in Augsburg das Friedensfest. Wenngleich wirtschaftliche Überlegungen bei dem Vorschlag eines Einzelfeiertages sicherlich nicht im Vordergrund stehen dürfen, sollten wir trotzdem erwähnen, dass damit für die öffentliche Hand Kosten in Höhe von 120 Millionen Euro verbunden wären; im Bereich der privaten Unternehmen wären sie sicherlich noch wesentlich höher.

Viertens. Gegen Ihren Vorschlag spricht auch, dass keine langfristige Planbarkeit für Unternehmen und Verwaltung gegeben wäre. Das war bereits bei der Einreichung des Gesetzentwurfs nicht der Fall.

Fünftens. Wir sollten auch die Gefahr einer Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung sehen.

Sechstens. Einzelfeiertage sollten auf besondere Ausnahmen beschränkt bleiben, wie 2017 zur 500. Wiederkehr des Reformationsjahres.

Deswegen werden wir den Gesetzentwurf nach wie vor ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Streibl.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu nachtschlafender Zeit

(Florian von Brunn (SPD): Insbesondere bei der CSU!)

unterhalten wir uns über einen Feiertag und über Kurt Eisner. Vor 100 Jahren war Revolution in Bayern, der Freistaat wurde ausgerufen. Ich weiß nicht, was Kurt Eisner denken würde, wenn er wüsste, dass die SPD ihn 100 Jahre später um Mitternacht im Bayerischen Landtag rehabilitieren möchte. Da ist man vielleicht ein bisschen spät dran. Das hätte man auch schon früher machen können. Die Argumente, die Herr Westphal gebracht hat – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir haben das schon gefordert, als es die FREIEN WÄHLER noch gar nicht gegeben hat!)

– Na ja, Sie hätten sich vielleicht früher bei Kurt Eisner entschuldigen müssen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben mit Eisner zusammengearbeitet! Schauen Sie einmal die Geschichtsbücher an! Das ist wirklich enttäuschend, was Sie da von sich geben!)

Die USPD gibt es heute nicht mehr. Es gibt nur noch die SPD. In den Geschichtsbüchern sieht es schon ein bisschen anders aus. Herr Kollege Dr. Dürr kann nachher auch etwas dazu sagen.

Einen einmaligen Gedenktag einzuführen, ist sicher ganz nett. Es besteht ein ganzes Paket an Gedenkfeiern drumherum. Um die Demokratie zu stärken, genügt es nicht, einen Gedenktag zu begehen. Wir sollten vielmehr für die demokratischen Werte einstehen, wie wir das heute am späten Abend schon getan haben. Wir müssen hier mutig dafür eintreten und kämpfen.

(Reinhold Bocklet (CSU): Sehr gut!)

Ansonsten brauchen wir nach unserer Auffassung keinen Feiertag. Wenn Sie schon für einen Feiertag eintreten, sollten Sie für den Buß- und Betttag eintreten. Es wäre sicherlich sinnvoll, diesen Feiertag zu rehabilitieren und wieder einzuführen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir sehen das Ganze skeptisch und werden bei unserer ablehnenden Haltung bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Streibl, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Rinderspacher.

(Reinhold Bocklet (CSU): Der Chefideologe von der SPD!)

**Markus Rinderspacher (SPD):** "Der Chefideologe von der SPD!" – Ein Zwischenruf vom Vizepräsidenten. – Herr Kollege Streibl, es geht ausdrücklich nicht um einen einzelnen Gedenktag. Es geht um einen Demokratiegedenktag; denn das war nun einmal der 8. November 1918, als der Freistaat ausgerufen wurde, als 738 Jahre Wittelsbacher Monarchie zu Ende gingen. 150 Republiken, die sich in der UNO versammeln, gedenken ihrer Unabhängigkeit, ihrer Revolution und ihrer Demokratie ganz selbstverständlich. Der Tag der Deutschen Einheit, der 3. Oktober, ist kein Helmut-Kohl-Gedenktag.

(Reinhold Bocklet (CSU): Das haben wir nie behauptet! )

Der Tag der amerikanischen Unabhängigkeit ist kein Thomas-Jefferson-Gedenktag, an diesem Tag wird vielmehr der eigenen historischen demokratischen Wurzeln gedacht. Demokratieerinnerung, darum geht es in unserem Vorschlag. Es geht nicht darum, Kurt Eisner für die SPD zu vereinnahmen. Ich kann hier gleich den Wortbeitrag des Kollegen Dr. Dürr vorwegnehmen. Darum geht es mitnichten.

In Zeiten der Regression von Demokratie, in denen die Demokratie insbesondere auf dem europäischen Kontinent auf dem Rückzug ist, geht es darum, einen Demokratiegedenktag einzuführen. Die Stichworte wurden heute schon an anderer Stelle der Plenardebatte genannt: Orbán, Erdogan, Trump, Le Pen und wie sie alle heißen. Der Vizepräsident hat noch die Rumänen genannt. In einer solchen Zeit einen Demokratiegedenktag einzuführen, ist kein historischer Schnickschnack, sondern verdient eine bessere Würdigung, als ich das in dieser Zweiten Lesung im Moment erlebe.

(Beifall bei der SPD – Reinhold Bocklet (CSU): Eisner war der größte Fan der Räterepublik! – Markus Rinderspacher (SPD): Völliger Quatsch!)

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Der 8. November 1918 war im Grunde der Übergang von der Monarchie zum Freistaat Bayern. Nach diesem 8. November kamen aber die Räterepublik, die Revolution, die Freikorps und Chaos in Bayern und in München. Erst später hat sich schließlich eine Verfassung herausgebildet.

Werter Kollege, die Verfassung kam erst ein Jahr später. Wenn uns die Demokratie etwas wert ist, können wir sie nicht nur mit einem einmaligen Feiertag begehen. Wenn uns die Demokratie etwas wert ist, müssen wir an 365 Tagen im Jahr dafür eintreten und nicht ein einziges Mal im Jahr. Sie wollen im Grunde einen Gründungsmythos für Bayern kreieren. Das funktioniert nicht mit einem einzigen Feiertag. Ein Gründungsmythos muss gelebt werden und aus innerer Überzeugung entstehen. Man kann ihn nicht per Feiertag verordnen. Von daher ist dieser Versuch, den Sie hier bringen, untauglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Streibl hat vorhin von einer "nachtschlafenden Zeit" gesprochen. Ich möchte nicht sagen, dass ich nicht müde wäre, aber Kurt Eisner und andere haben in der Nacht vom 7. auf den 8. November die Revolution ausgerufen. Deshalb werden wir es doch wohl schaffen, einigermaßen würdig auch zu dieser späten Stunde an diese Zeit zu erinnern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir sollten keine Revolution ausrufen!)

– Mit euch ist es momentan schwierig, eine Revolution auszurufen. – Die Staatsregierung und andere haben in diesem Jahr einige Veranstaltungen durchgeführt, mit denen sie angeblich Bayern und unsere glorreiche Geschichte feiern. Der Anlass dieser 100-Jahr-Feiern, die Revolution selbst, wird von ihnen nicht gefeiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da hat er recht, der Sepp Dürr!)

Meistens feiern sich die Veranstalter nur selbst. Man muss sich nur die Landesausstellung in Ettal anschauen. Wer sie noch nicht angeschaut hat, dem kann ich sie nicht empfehlen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Mit diesem "Mythos Bayerns" macht das staatliche Haus der Bayerischen Geschichte sich selbst und die Staatsregierung endgültig lächerlich. Als wäre es nicht schon skurril genug, die Abschaffung der Demokratie mit einer Hymne auf den "Königstraum" zu feiern, stellt man die albernsten Klischees über Bayern wie Devotionalien und Reliquien zur Verehrung aus. Da muss man wirklich lachen: Da hängt eine g'stinkerte alte Lederhosn in der Vitrine drin. Das ist euer Bayernbild.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bis jetzt fehlt ein würdiges Gedenken an die Revolution von 1918. Warum wird dieser Anlass ausgeblendet? – Weil die kollektive Erinnerung leider immer noch von der bluti-

gen Niederschlagung der Republik geprägt ist. Dabei wird der Republik die gegen sie eingesetzte Grausamkeit angelastet, das heißt, die Tatsachen werden auf den Kopf gestellt.

(Reinhold Bocklet (CSU): Die Republik war grausam!)

– Sie haben überhaupt keine Ahnung! Sie sind ja vollkommen ahnungslos! Deswegen seien Sie ruhig, oder gehen Sie raus. Sie haben noch ein paar Minuten zum Reden. – Bei all dem Blutvergießen: Denken Sie einmal zurück. Vorher gab es jede Menge Blutvergießen. Millionen von Leuten sind getötet worden.

(Reinhold Bocklet (CSU): Die Heiligsprechung einer Revolution!)

Danach gab es viel Blutvergießen. In dieser Zeit war die unblutige Revolution eine demokratische, eine friedliche Sternstunde. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommt ihr dran: Was danach kam, das Meucheln und Morden Hunderter, Hunderte willkürliche Erschießungen, die sogenannte Befreiung Münchens, war ein wirklicher Schandfleck der Geschichte.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber doch nicht von Kurt Eisner! Das war 45 Tage danach! – Zuruf des Abgeordneten Reinhold Bocklet (CSU))

– Ich weiß nicht, was Du sagst, aber das ist mir auch wurscht. Ich bin laut genug. Johnny Cash hat einmal gesagt: Excuse me, I could not hear. I was talking.

Damals und heute wird viel gehetzt, die Revolution sei von "Landfremden" gemacht worden. Die sozialdemokratische Regierung Hoffmann hat zum Beispiel einen Aufruf zur Bildung bayerischer Freikorps veröffentlicht. Darin heißt es: "Bayern! Landsleute! In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen." – Das sind Fake News. Das ist Gräuelpromaganda. Wie so oft ging auch damals die Propa-

ganda den Gräueln voraus. Buchstäblich landfremd waren nämlich die von sozialdemokratischen Regierungen berufenen Totschläger und Mörder. Das waren Reichstruppen aus dem Württembergischen, das waren Freikorps aus dem Württembergischen, aus dem Thüringischen und aus Preußen und zum geringsten Teil aus dem Oberland. Alle standen unter dem Oberbefehl eines preußischen Generalleutnants. Ihr habt gar keine Ahnung, aber das ist wurscht. Warum wurden Truppen von außerhalb Bayerns geholt? – Weil sich schon bei der Revolution niemand gefunden hat, auf die eigenen Landsleute zu schießen. Die waren damals nicht so blöd. Die Revolution war also nichts, was von außen hereingetragen worden wäre. Es war eine originär bayerische Revolution.

(Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Gott!)

Abgesehen davon ist es bei einer guten Tat eigentlich egal, wer sie vollbringt, ob er landfremd ist oder nicht, Hauptsache, sie wird vollbracht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer hat die Revolution gemacht? – Es waren Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem aber – außer Kurt Eisner – Bauern. Es waren Ludwig und Karl Gandorfer, zwei niederbayerische Bauern. Darauf hat auch die "Staatszeitung" neulich hingewiesen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Dr. Dürr, bitte beachten Sie die Uhr.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Ich habe sie gesehen. Ich bin gleich fertig. Ich wollte nur Kollegen Streibl darauf hinweisen, dass es einmal weltoffene Bauern in diesem Land gab. Leider ist Kollege Aiwanger nicht da. Das wäre doch einmal ein Vorbild. So etwas gab es damals. Eisner war ein bayerischer Held. Die Revolution war eine Sternstunde. Damals haben wir richtig gescheite Bauern gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Jetzt kommt Herr von Brunn mit einer Zwischenbemerkung dran.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Jetzt sei vorsichtig; denn ich habe noch viel in der Tasche.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Kollege Dürr, das ist ein ernstes Thema. Die Niederschlagung verschiedener Aufstände 1918 und 1919 durch Freikorps ist tatsächlich kein Ruhmesblatt der sozialdemokratischen Geschichte. Ihre einseitige Sicht der Dinge wird der Geschichte aber auch nicht gerecht.

Erstens haben sich viele sozialdemokratische Historiker, auch die sozialdemokratische Partei selbst, sehr kritisch damit auseinandergesetzt. Es gibt viele Publikationen dazu.

Zweitens ist selbst die MSPD keine monogame –

(Allgemeine Heiterkeit)

– es ist schon spät – keine monolithische Partei, kein monolithischer Block. Meine Urgroßtante Toni Pfülf war Angehörige der MSPD, eine entschiedene Gegnerin von Erhard Auer und eine der entschiedensten Gegnerinnen des Nationalsozialismus überhaupt. Sie hat 1933 Selbstmord begangen.

Ich bitte einfach darum, einen differenzierten Blick auf diese Zeit zu haben. Sie wissen, dass aus der Sozialdemokratie nicht nur die USPD und die MSPD hervorgegangen sind, sondern auch der Spartakusbund und die KPD. Die Entwicklung setzte sich sogar fort bis hin zu den GRÜNEN und den Linken. Alle diese Parteien haben sozialdemokratische Urwurzeln. Dem muss man auch durch eine differenzierte historische Betrachtung Rechnung tragen.

(Zurufe von der CSU)

– Die CSU kann gar nicht mitreden, weil sie weder diese lange Geschichte noch einen vernünftigen Blick auf die Geschichte dieser Zeit hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer sagt, dass das alles ein Problem der Republik gewesen sei, der vergisst, dass im Ersten Weltkrieg nicht nur Millionen Menschen starben, sondern dass aus diesem Krieg auch viele Menschen als Invaliden heimgekehrt sind. Es gab viele Witwen und Waisen. Die Leute haben gehungert. Wer das weiß, der weiß auch, warum es die Revolution gab und dass sie notwendig war.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Ich wollte die Sozialdemokratie heute schonen. Diesem Voratz werde ich auch nach einigen Äußerungen, die wir heute gehört haben, nicht untreu.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht – ja mei, so bin ich halt.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

– Bloß bei Ihnen würde ich es mir vielleicht anders überlegen. Aber Sie sind ja keine Sozialdemokratin.

Es gab keinen Urknall, aus dem alle Parteien dieser Erde entstanden sind. Wir GRÜNEN haben auch eigene Wurzeln. Wir haben euch zu unserer Gründung nicht unbedingt gebraucht.

Natürlich weiß ich, dass in der Regierung Eisner und auch später einige Sozialdemokraten – Mehrheitssozialdemokraten – waren. Einer war Martin Segitz. Er wäre Nachfolger von Eisner geworden. Die Räte hatten ihn gewählt. Nur die Regierung Hoffmann hatte etwas dagegen; denn die wollten selbst regieren.

(Reinhold Bocklet (CSU): Die Wähler waren dagegen! Das ist das Problem!)

– Ich weiß nicht, ob Sie damals schon dabei waren. Sie können sich auch zu einer Zwischenbemerkung melden. Ich wollte jetzt mit dem Kollegen von Brunn reden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben vollkommen recht. Aber wenn Sie mehr über die Verantwortung der Sozialdemokratie wissen wollen, dann lesen Sie bitte nach. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein Buch von Mark Jones über die Gründungszeit der Weimarer Republik herausgegeben. Unter dem Titel "Am Anfang war Gewalt" heißt es dort, dass die Sozialdemokratie für die Gewalt in dieser geschichtlichen Periode eine entscheidende Rolle gespielt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich möchte gleich darauf hinweisen, dass wir jetzt eine namentliche Abstimmung haben. Ich bitte darum, sich danach wieder hinzusetzen – es folgen zwei weitere Abstimmungen in einfacher Form –, nicht dass jetzt alle abhauen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/20325 zugrunde. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 0.34 bis 0.39 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir lassen außerhalb des Sitzungssaales auszählen.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit.

(...)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Jetzt noch einen guten Morgen! – Halt, zurück! Wir haben noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf auf

Drucksache 17/20325 bekannt zu geben. Das ist der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum 8. November 2018. Mit Ja haben 30 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81, Stimmenthaltungen gab es 2. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2018 zu Tagesordnungspunkt 11: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion SPD zur Änderung des Feiertagsgesetzes; Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 1918 (Drucksache 17/20325)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X		
<b>Aigner</b> Ilse			
<b>Aiwanger</b> Hubert			
<b>Arnold</b> Horst			
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter			
<b>Bauer</b> Volker			
<b>Baumgärtner</b> Jürgen			
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Beißwenger</b> Eric		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
von <b>Brunn</b> Florian	X		
<b>Brunner</b> Helmut		X	
<b>Celina</b> Kerstin	X		
<b>Deckwerth</b> Ilona	X		
<b>Dettenhöfer</b> Petra			
<b>Dorow</b> Alex			
<b>Dünkel</b> Norbert		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard			
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X	
<b>Eisenreich</b> Georg			
<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen		X	
<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Felbinger</b> Günther		X	
<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Freller</b> Karl			
<b>Fröschl</b> Markus			
<b>Füracker</b> Albert			
<b>Ganserer</b> Markus			
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul			
<b>Gehring</b> Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Glauber</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Güll</b> Martin			
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Häusler</b> Johann		X	
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hanisch</b> Joachim			
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hiersemann</b> Alexandra			
<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Hölzl</b> Florian		X	
<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Kamm</b> Christine			
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblauch</b> Günther			
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kreitmair</b> Anton		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich			
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig			
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Lotte</b> Andreas			
Dr. <b>Magerl</b> Christian			
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth			
<b>Mütze</b> Thomas			
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Petersen</b> Kathi	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Roos</b> Bernhard			
<b>Rosenthal</b> Georg	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich			
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin			
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin			
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard			X
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Stamm</b> Claudia			X
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold			
<b>Ströbel</b> Jürgen			
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina			
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika			
Dr. <b>Wengert</b> Paul			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wittmann</b> Mechthilde		X	
<b>Woerlein</b> Herbert	X		
<b>Zacharias</b> Isabell			
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
<b>Gesamtsumme</b>	30	81	2